



SIEGFRIED LEHMANN  
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

**bodenseeland**  
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL  
Schubertstr. 3  
Telefon: 07732 - 972443  
Telefax: 07732 - 972444  
siegfried.lehmann@web.de  
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Büro:  
Charlotte Biskup  
Rheingasse 8  
78462 Konstanz  
Telefon: 07531 - 2842620  
Telefax: 07531 - 2842621  
charlotte-biskup@web.de

Öffnungszeiten:  
Mo., Mi. + Do. 11-13 Uhr

Konstanz, 18.01.2008

## **Pressemitteilung: „Abbau von Postversorgungsstandards im ländlichen Raum kann nicht hingenommen werden!“**

**Nach Ansicht des Grünen Abgeordneten Lehmann droht ein Abbau von Mindeststandards der Postversorgung insbesondere im ländlichen Raum. Siegfried Lehmann fordert daher die Landesregierung auf, sich für eine Sicherstellung der Grundversorgung einzusetzen. „Ich warne ausdrücklich davor, durch die Streichung von Vorgaben für eine Mindestzahl an stationären Postfilialen oder eine Verschlechterung der Laufzeitvorgaben für Briefsendungen die Grundsicherung an Postdienstleistungen zu gefährden!“**

Auch mit der vollständigen Öffnung des Postmarktes und der damit verbundenen Aufhebung des Briefmonopols zum 1. Januar diesen Jahres darf nach Ansicht des Grünen Landtagsabgeordneten Lehmann keine Verschlechterung der Postdienstleistungen eintreten. Mit der Neuregelung der Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) wird jedoch voraussichtlich noch im Frühjahr 2008 der Umfang des Universaldienstes erheblich reduziert, fürchtet der Grüne Abgeordnete: „Sollte tatsächlich - wie bereits angekündigt - eine Neuregelung dahingehend stattfinden, dass Laufzeitvorgaben für Briefsendungen entfallen oder Mindestangaben über das Briefkasten- und Filialnetz gesenkt werden, dann droht vielen Gemeinden und Teilorten im ländlichen Raum eine katastrophale Unterversorgung mit Postdienstleistungen!“

Die Neuregelung könnte zur Folge haben, dass Postsendungen nicht mehr wie bisher in 80 Prozent der Fälle am Tag nach Einwurf der Sendung ankommen müssen, sondern entsprechend der EU-Richtlinie erst nach 3 Tagen. Ebenso gravierend wäre der Wegfall der Vorgaben durch die bisher

geltende PUDLV bezüglich einer Mindestanzahl von 12.000 Postfilialen im deutschen Bundesgebiet. „Man braucht nicht Volkswirtschaft studiert zu haben, um zu erkennen, dass weitere Schließungen von Poststationen zuerst kleinere Orte treffen würden, die nicht den angestrebten finanziellen Umsatz erbringen können!“, rechnet Siegfried Lehmann vor. Diese Befürchtung wird dadurch unterstrichen, dass zukünftig die Bezeichnung „Gemeinde“ als Standortkriterium gestrichen werden soll. „Die Post kann daher in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 2.000 Einwohnern ihre Postfilialen schließen“, erläutert Lehmann die Konsequenz dieser Änderung.

Ebenfalls wegfallen soll die Vorgabe für die Deutsche Post AG, dass bundesweit mindestens 5.000 Postfilialen mit eigenem Personal betrieben werden müssen. Auch dies sieht der Grüne Abgeordnete kritisch, denn „das bedeutet de facto, dass vermehrt Personal unter dem bisher festgeschriebenen Mindestlohn beschäftigt wird! Was dies bedeutet, hat man bereits auf der Höri gesehen, wo zuletzt in Moos die Postagentur aus finanziellen Gründen geschlossen wurde!“

Dieser absehbare Abbau von Mindeststandards im Bereich der Kommunikation ist aus seiner Sicht nicht tragbar. „Im Zeitalter moderner Kommunikation, in dem eine zunehmende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern über das Internet Einkäufe tätigt, ist es nicht hinnehmbar, dass ein Abbau gerade hierfür genutzter Dienstleistungen wie Nachnahme oder Einschreibesendungen abgebaut wird“, kritisiert der Landtagsabgeordnete Lehmann, denn „nach Ansicht der Deutschen Post AG sollen gerade diese Dienstleistungen zukünftig nicht mehr in den Bereich der Universaldienstleistungen fallen, den jede Poststation anzubieten hat!“

Um eine derartige Verschlechterung der Versorgung mit Post-Dienstleistungen insbesondere für den ländlichen Raum - wie im Landkreis Konstanz beispielsweise auf der Höri - zu verhindern, hatte der Grüne Landtagsabgeordnete die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, eine Sicherstellung der Versorgung auch im ländlichen Raum zu gewährleisten. Leider fiel die Antwort der Landesregierung etwas mau aus: „Es ist wirklich bedauerlich zu sehen, wie blauäugig die Landesregierung einer Neuregelung entgegensieht - der Antwort der Landesregierung ist zu entnehmen, dass sie keinerlei Verschlechterungen für den ländlichen Raum erwartet, sondern im Gegenteil durch die Liberalisierung des Postmarktes steigende Qualität voraussieht“, ärgert sich der Konstanzer Grüne. „Ich halte diese Haltung für naiv. Meiner Meinung nach ist es sehr bedenklich, sich derart aus der Verantwortung zu ziehen - frei nach dem Motto „Der Wettbewerb wird's schon richten!“

Anlage: Antrag der Fraktion Grüne (Drs. 14/1785): „Versorgung des ländlichen Raums mit Postdienstleistungen“